Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 8. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 5. Januar 1878.**

Deutschland.

Berlin, 4. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Hauptkassen-Rendanten, Landrentmeister **Weber** zu Minden und dem Polizei-Secretär a. D. **Letz** zu Steglitz bei Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem katholischen Stadtpfarrer **Mai** zu Lewin im Kreise Glatz den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Kreisgerichts-Boten und Executor **Reimann** zu Habelschwerdt und dem Gärtner, Stellenbesitzer und Gemeindevorsteher **Urbatsch** zu Groß-Sarne im Kreise Falkenberg O./Schl. das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem berittenen Gendarmen **Meirich** in der 5. Gendarmerie-Brigade und dem Handlungsgehülfen **Emil Eifert** zu Graudenz die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Premier-Lieutenant a. D. **v. Bonin** hierselbst die Kammerjunker-Würde verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Secretären **Rättig** in Frankfurt a. O., **Prenzel** in Minden, **Schultze** in Magdeburg, **Meyer** in Oppeln und **Barkowski** in Gumbinnen den Charakter als Rechnungs-Rath; sowie den Fabrikbesitzern **Alexander Aird** und **Walter Marc**, Inhabern der Firma „J. und A. Aird und Marc" zu Berlin, das Prädicat als Königliche Hoflieferanten, und dem Bäckermeister **Carl Albert Karchow** zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Bäckermeisters verliehen.

Der Privatdocent Dr. **Ludwig Hirt** ist zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Universität Breslau ernannt worden. Dem Oberlehrer **Friedrich Hermann Leopold Faber** am Gymnasium zu Lauban ist das Prädicat „Professor" beigelegt worden. Am Wilhelms-Gymnasium zu Königsberg i. Pr. ist der ordentliche Lehrer Dr. **Hugo Merguet** zum Oberlehrer befördert worden. — Der Kreisrichter **von Werthern** in Lobsens ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Schubin und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schubin ernannt worden. — Der frühere Rittergutsbesitzer **Plümicke** ist zum Wirthschaftsdirigenten bei dem Hauptgestüt Trakehnen ernannt worden.

Berlin, 4. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des heutigen Tages den General-Intendanten der Königlichen Schauspiele, v. Hülsen, den Polizei-Präsidenten von Berlin, v. Madai, und den zum Commandeur des 50. Infanterie-Regiments ernannten Oberst von Massow.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern im Augusta-Hospital anwesend. — Heute findet im Königlichen Palais ein Diner statt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern am Vormittage einige militärische Meldungen entgegen. Am Abend ertheilten die Höchsten Herrschaften dem bisherigen französischen Botschafter, Vicomte de Gontaut-Biron, Abschiedsaudienz. Später fand bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten ein Diner von 24 Couverts statt. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 4. Jan. [Neue Gesetzes-Vorlagen. — Bundesrath. — Etat des auswärtigen Amtes. — Graf Eulenburg.] Dem Bundesrath sind, wie bereits gemeldet, zwei Gesetzes-Entwürfe, 1) Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, 2) Gesetz, die Gewerbe-Gerichte betreffend, vom Reichskanzler zur Beschlußnahme vorgelegt worden. Das erste Gesetz bezieht sich auf Abänderung des Tit. 7 (gewerbliche Arbeiter) und berührt die §§ 105 bis 139 der Gewerbe-Ordnung; außerdem wird Art. 2 der Gewerbe-Ordnung in den §§ 146—150 und 154 von der Aenderung berührt. Es sind in diesen Paragraphen die Bestrafung wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung festgesetzt. Dieses Gesetz mit der Abänderung, welche es aufstellt, soll am 1. Jan. 1879 in Kraft treten. In der Begründung wird hervorgehoben, daß bei Lösung der dem Bundesrath gestellten Aufgabe, entsprechend der im Reichstag vorwiegend zum Ausdruck gelangten Meinung, davon auszugehen sei, daß die Revisions-Arbeiten zunächst auf diejenigen Fragen beschränkt werden, bei welchen das Bedürfniß nach Abänderung des Gesetzes am meisten hervorgetreten ist und bei welchen die Anschauungen über die Art der Abänderung sich am meisten genähert haben. Aus diesen Gesichtspunkten ergeben sich folgende Ziele als die nächsten: eine größere Sicherung gegen die Verletzung des Arbeitsvertrages, eine strenge Ordnung des Lehrverhältnisses, eine Regelung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, eine Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der verschiedenen Industriezweige, eine zweckmäßige Ausbildung der zur Erledigung von Streitigkeiten zwischen Arbeitsherren und Arbeitern vorgesehenen Einrichtungen. Der Revision aller übrigen grundsätzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung wird die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet gehalten, da die Anschauungen über dasjenige, was von der Gesetzgebung zur Abhilfe der empfundenen Uebelstände erwartet werden darf, weit auseinander gehen. Es wird für richtiger gehalten, unter diesen Umständen der Zeit noch Raum für klärenden Einfluß zu lassen. Es bleibt vorbehalten, erschöpfende Motive zu den im Gesetzentwurf gegebenen Aenderungen ausarbeiten zu lassen, sobald die Bundesregierungen zu denselben Stellung genommen haben, jedoch sind den einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes Erläuterungen beigegeben. Der Entwurf 2 betrifft die Errichtung von Gewerbegerichten und die Regelung des Verfahrens vor denselben nebst Uebergangsbestimmungen zur Ueberleitung aus dem jetzigen Zustande. In verschiedenen Blätteen ist berichtet worden, daß der Bundesrath nach seinen Ferien gleichzeitig mit dem Landtag am 8. Januar seine Arbeiten wieder aufnehmen werde. Von Ferien aber, wie der Landtag sie sich durch Vertagung verschafft, kann bei dem Bundesrath nicht die Rede sein, da derselbe sich nicht vertagt hat; auch liegt es in der Absicht, schon am 7. Jan. wieder eine Sitzung des Plenums des Bundesraths abzuhalten. — Der Etat für 1878—79 bringt für das auswärtige Amt Einnahmen 388,450 M., fortdauernde Ausgaben 6,104,655, einmalige 300,000 M. Für die Verwaltung der Eisenbahnen Einnahmen 38,172,000 Mark, fortdauernde Ausgaben 26,822,000, einmalige 380,459 M. Für den Reichskanzler und dessen Centralbureau 104,980 M. fortdauernde Ausgaben und 3000 M. einmalige. — Die im vergangenen Sommer auf Anregung des Reichs-Eisenbahnamtes und des preußischen Handelsministers eingerichteten Verkaufsstellen von Personenbillets außerhalb der Bahnhöfe bestehen zur Zeit an folgenden Orten: Berlin, Danzig, Dresden, Magdeburg, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Carlsruhe, Heidelberg, Neuhausen in Baden und Basel. Es steht gegenwärtig zur Erörterung, ob mit diesen Verkaufsstellen auch Gepäckabfertigungsstellen verbunden werden sollen, wie sie zur Zeit in Danzig und Köln bestehen. Man glaubt, daß die Eisenbahnverwaltungen bereit sein würden, diese Versuche auszudehnen, wenn das Publikum diese Verkaufsstellen häufiger benutzte. — Das Apothekergesetz ruht, nachdem von preußischer Seite einige Bedenken dagegen erhoben worden, in dem Ausschuß des Bundesraths. Welcher Art der fernere Verlauf sein wird, läßt sich so lange nicht bestimmen, als noch nicht der Ausschuß seinen bezüglichen Antrag dem Bundesrath unterbreitet hat. Von einem Zwiespalt zwischen der Reichs- und der preußischen Behörde aus Anlaß dieses Umstandes ist jedoch nicht die Rede. — Das Staatsministerium trat heut unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten Camphausen zu einer Sitzung zusammen. Es wird sich in derselben u. A. um die Beschlußnahme über die Stellung der Staatsregierung zu den im Bundesrath zu erörternden Fragen handeln. — Der Minister Graf Eulenburg, dessen Abreise sich bisher durch private Verhältnisse verzögert hatte, ist gestern, am 3., Abends, über Carlsruhe, wo er einen kurzen Aufenthalt nehmen will, nach Vevay in der Schweiz abgereist, von wo er später nach Italien zu gehen gedenkt. Vor einigen Tagen wurde er vom Kaiser zur Abschieds-Audienz empfangen.

⊡ **Berlin**, 4. Jan. [Concurrenz zwischen Staats- und Privatbahnen. — Die ausgewiesenen Geistlichen in Krakau. — Hessischer Protest gegen das Verschmelzungsproject mit Nassau. — Stellung der Berliner Lehrer zur Schulgesetzgebung. — Die „sociale Frage". — Commission für die Tarifreform.] Aus scheinbar officiösen Mittheilungen geht hervor, daß neuerdings ein Rescript des Handelsministers erlassen worden ist, wonach eine Beschränkung der Concurrenz der Staatsbahnen gegen die Privatbahnen, wie sie nur mit großen Umwegen möglich ist, nicht aufgenommen werden soll. Wie wir bestimmt hören, wird eine allgemeine Aenderung der Politik des Handelsministeriums in den Fragen über die Leitung der Verkehre zwischen Staats- und Privatbahnen nicht beabsichtigt. Es ist vielmehr nur in einem einzelnen Falle betreffs einer der schlesischen Eisenbahnen auf eine Concurrenz hingewiesen worden, aber der Umweg war so bedeutend, daß die Aufnahme einer solchen für den Staat eher nachtheilig als vortheilhaft gewesen wäre. Bei dieser Sachlage wird es indeß nothwendig sein, daß sich der Landtag mit der Angelegenheit beschäftige, weil die öffentlichen Interessen gegenwärtig durch die Ungewißheit der Lage gefährdet werden. — Seit mehr als Jahresfrist ist Krakau zum Herde jener ultramontanen Propagandisten geworden, die sich dort aus zahlreichen verurtheilten und ausgewiesenen Geistlichen der Provinz Posen zusammensetzen. Der Widerstand der Clericalen im Posenschen gegen die Staatsgesetze bringt es mit sich, daß der Adel aus nationalen Gründen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Etablirung seiner geistlichen Herren in Krakau unterstützt, so daß beinahe jedes polnische Gut in der Provinz als eine Filiale der Propaganda betrachtet werden kann. Mittelst ultramontaner Brandschriften, die aus Krakau colportirt werden, wird zur Sammlung von Geldbeiträgen für die vertriebenen Märtyrer der allein seligmachenden Kirche aufgefordert; die Gründung von neuen römisch-katholischen Vereinen zur Bekämpfung der preußischen Staatskatholiken verlangt, Adressen an vertriebene Geistliche in Umlauf gesetzt &c. Diesem Treiben suchen die Behörden in Posen vergeblich zu steuern, trotzdem die Beweise vorlagen, daß der Mittelpunkt der Agitation sich in Krakau befindet. Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die diesseitige Regierung, sich an Oesterreich mit dem freundnachbarlichen Ersuchen zu wenden, jenen geistlichen Personen den Aufenthalt im Krakauer Territorium zu verbieten. Es soll von hier aus nachgewiesen werden, daß die betreffenden Agitatoren nicht nur gefährlich für die Ruhe und Sicherheit der polnisch redenden Bevölkerung Posens, sondern auch für die mit ihnen sympathisirenden galizischen Polen sind. — Vor einiger Zeit richteten die Abgeordneten des ehemaligen Kurhessen eine Vorstellung wegen Beibehaltung der alten hessischen Gemeindeordnung an das Ministerium des Innern. Wie jetzt bekannt wird, haben sie sich in derselben auch mit größter Entschiedenheit für Bewahrung der communalen Selbstständigkeit, also namentlich für Erhaltung des eigenen Vermögensverbandes und der gesonderten provinziellen Vertretung des jetzigen Regierungsbezirks Kassel ausgesprochen. In maßgebenden Kreisen denkt man in dieser Beziehung um so weniger an eine Aenderung, als auch die Bevölkerung von Nassau ganz dieselben Wünsche für sich selbst hegt und gegen eine etwa beabsichtigte vollständige Verschmelzung mit Hessen stets protestirt hat. — Der Vorstand des hiesigen Bezirksverbandes des deutschen Lehrervereins hatte vor Weihnachten mit den Abgg. Dr. Techow und Knörcke eine Unterredung gepflogen, ob es sich empfehle, eine Versammlung der Lehrer Berlins zu berufen, um zu der jetzigen Lage der Schulgesetzgebung Stellung zu nehmen. In Folge dieser Unterredung hat der Bezirksverband von einer solchen Versammlung vorläufig Abstand genommen. Ebenso war von Seiten mehrerer Vorstandsmitglieder des Landesvereins preuß. Volksschullehrer an einige Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Anfrage gerichtet worden, ob es nicht thunlich sei, eine Versammlung des Vorstandes mit Abgeordneten, welche sich besonders für die Entwickelung der Volksschule interessiren, abzuhalten, es ist aber von allen betr. Abgeordneten von einer solchen Versammlung als inopportun abgerathen. — Die heute erschienene erste Nummer der „Socialen Frage" (Organ des deutschen anti-socialdemokratischen Arbeiter-Congresses und anderer anverwandter Vereinigungen) weist einen reichhaltigen Inhalt auf. Eine Anzahl namhafter Fachschriftsteller hat sich hier vereinigt, um in gemeinfaßlicher Weise die wichtigsten socialen Fragen zu behandeln und den socialdemokratischen Irrlehren sachlich und wissenschaftlich entgegen zu treten. Das von Dr. Max Hirsch redigirte Blatt füllt ohne Zweifel eine Lücke in unserer deutschen Presse aus. Für denjenigen, der sich für die Entwickelung unserer gesellschaftlichen Zustände interessirt, ist die „Sociale Frage" ein sicherer Leitfaden. — Für die Durchführung der Tarif-Reform ist von der Regierung die Berufung einer Commission, bestehend aus Delegirten der Staats- und Privatbahnen und Commissarien des preußischen Handels-Ministeriums beschlossen worden. Der Handelsminister hat die Einberufung dieser Commission für die nächste Zeit und die Vorlegung des betreffenden Materials für die Berathungen angeordnet.

△ **Berlin**, 4. Jan. [Enttäuschungen. — Die italienische Politik und die des Deutschen Reichs.] Der Glaube an das Neujahrsgeschenk einer nationalliberalen Regierung unter des Fürsten Bismarck Oberdirection hatte sich im alten Jahr so tief der Gemüther in den nationalliberalen Kreisen Berlins bemächtigt, daß man noch heute in denselben zu den Versicherungen der Eingeweihten: es sei Alles vorbei! ungläubig den Kopf schüttelt. Man weiß es besser, ohne dafür Gründe angeben zu können, die über den engen Kreis dunkler Gefühle hinausgehen. Der Reichskanzler in Varzin ist eben längst mythisch geworden und seine Bewunderer unter den Liberalen machen jetzt Miene, Herrn v. Bennigsen zu schelten, daß er sich, statt einfach zu Allem Ja zu sagen, in Varzin auf eine Discussion über die zukünftigen Aufgaben der Regierung eingelassen hat. Unter den Gründen, weshalb man sich so schwer enttäuscht fühlt, sind auch die einseitigen Anschauungen über das Verhältniß Italiens zu Deutschland, Crispi's zu Bennigsen bemerkenswerth. Man hatte sich eingebildet, der preußische Abgeordnetenhaus-Präsident Bennigsen sei in Italien als der leitende Staatsmann der Zukunft geehrt; Crispi, der Präsident des italienischen Abgeordnetenhauses, der bei seiner Fahrt nach Deutschland auch mit Bismarck anknüpfte, und hier allseitig als künftiger Leiter der italienischen Politik angesehen wurde, habe mit Bennigsen das Nothwendigste über die künftige Papstwahl u. dgl. verabredet. Nun ist Crispi, der alte Revolutionär, wirklich zu Neujahr Minister des Innern im Königreich Italien geworden und Bennigsen, mit seiner weit weniger bedenklichen Vergangenheit sollte es nicht werden? Man hat dabei ganz und gar übersehen, daß die Personalveränderungen in dem italienischen Ministerium schon deshalb einen ganz andern Charakter haben, als sie in Deutschland annehmen würden, weil in Italien das, was wir „parlamentarische Regierung" nennen, dort seit einer Reihe von Jahren besteht, und trotz der weit ungünstigeren Verhältnisse unzweifelhaft das Land wirklich vorwärts gebracht hat. So ist es denn auch erklärlich, daß Crispi sofort mit einem Programm über die wichtigsten Streitfragen, z. B. über die Eisenbahn-Politik und die Reichstags-Diäten hervorgetreten ist, wohingegen bei uns, so lange die Krisis bestanden hat, jeder der nationalliberalen Parteiführer, deren Eintritt in die Regierung in Aussicht stand, auf das Aengstlichste vermied, etwas über seine künftige Stellung zu den bisherigen Streitfragen zwischen Bismarck und dem Reichstage zu veröffentlichen. Dieser Streitfragen bestehen aber neben den eigentlichen constitutionellen Cardinalfragen (Steuerreformplan, Eisenbahnpolitik, Militärbudget) noch ziemlich viele von keineswegs geringer Bedeutung. Die Frage der Diäten für die Reichstags-Abgeordneten z. B. ist bei uns nicht minder wichtig, wie in Italien und bei uns ist mit geringen Ausnahmen alle Jahre die gesammte liberale Partei dafür eingetreten. Aehnlich steht es mit dem wichtigen Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs. Jedenfalls sollte die nationalliberale Partei die längere Pause, die jetzt bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Lösung der Kanzlerkrisis eintreten muß, dazu benutzen, über die in Fluß gebliebenen Streitfragen im Reiche sowohl wie in Preußen zu festeren Entschließungen zu kommen und sich dadurch „regierungsfähiger zu machen", da die Programmlosigkeit der nationalliberalen Partei, die namentlich in der Reichstagsfraction in jeder Frage der praktischen Politik Vertreter aller Meinungen unter sich zählt, auch in Zukunft nach Bismarcks Zurücktritt oder Tode das Haupthinderniß fester Majoritätsbildungen sein wird. Für Personen giebt es in Deutschland nach Bismarck, so lange der Culturkampf dauert, keine dauerhafte Reichstagsmehrheit mehr; man mag dies beklagen, aber sollte die Thatsache anerkennen und mit ihr rechnen! — Der von Nathusius-Ludom redigirte „Reichsbote", der etwas offener mit seinen Meinungen heraustritt, als die „Kreuzzeitung", mit der er die Expedition gemeinschaftlich hat, legt in der heutigen Nummer ein bemerkenswerthes Geständniß ab: Für die Politik des Reichskanzlers sei das allerschlimmste die Ungewißheit und Unklarheit, die über ihr seit der Zeit ausgebreitet liege, wo die Unhaltbarkeit der Gesetzgebung der letzten 10 Jahre hervorgetreten sei. „Man weiß im Allgemeinen, daß der Reichskanzler in Bezug auf die Gewerbeordnung, die Handelspolitik und die Steuern andere Gedanken hegt; aber Näheres weiß kein Mensch darüber zu sagen!"

[Bekanntmachung.] Diejenigen jungen Leute, welche sich zum einjährig-freiwilligen Militärdienst melden wollen, haben die Berechtigung dazu in der Zeit vom zurückgelegten 17. Lebensjahre bis zum 1. Februar des Kalenderjahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige nachzusuchen. Mit der schriftlichen Meldung sind gleichzeitig die in der Ersatzordnung vom 28. September 1875 vorgeschriebenen Schriftstücke:

a. ein Geburtszeugniß,

b. ein amtlich bescheinigtes Einwilligungsattest des Vaters oder Vormundes mit der Erklärung über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen activen Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten und zu verpflegen,

c. ein Unbescholtenheitszeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasten, Realschulen, Progymnasien und höheren Bürgerschulen) durch den Director der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienst-Behörde auszustellen ist,

d. ein Schulzeugniß

einzureichen. Die unterzeichnete Commission fordert daher diejenigen jungen Leute, welche innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin resp. im Regierungsbezirk Potsdam in künftigem Jahr gestellungspflichtig sind und die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst nachsuchen wollen, hierdurch auf, die mit den oben erwähnten Schriftstücken versehenen Meldungen bis zum 1. Februar k. J. in unserem Geschäftslocale, Niederwallstraße 39, anzubringen. Diejenigen, welche den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch Ablegung einer Prüfung führen müssen, haben in der Meldung das Gesuch um Zulassung zur Prüfung auszusprechen und, unter Einreichung der vorerwähnten Schriftstücke, einer amtlich beglaubigten Photographie und eines selbst geschriebenen Lebenslaufes, anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen sie geprüft sein wollen. Berlin, den 30. December 1877. Königliche Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige.

[Petitionen wegen Erhöhung der Einquartierungs-Entschädigungen.] Für den Fall, daß das Kasernirungsgesetz dem Reichstage wieder vorgelegt wird, werden zahlreiche Petitionen von Städten, betreffs Ankauf von städtischen Kasernen vorbereitet, eventuell wird um Erhöhung der den Communen bewilligten Einquartierungs-Entschädigungen gebeten, indem mit Annahme der Regierungsvorlage diejenigen Städte, in denen die Communalquartiere beibehalten werden sollen, die Aussicht haben, die Einquartierungslasten ohne ausreichende Entschädigung zu tragen.

[Die Massen-Petitionen der Post- und Telegraphen-Beamten an den Reichstag,] welche von den ersteren jetzt vorbereitet werden, enthalten folgende 11 Punkte: Verbesserung der Pensionsverhältnisse nach gewissen Richtungen hin, auskömmliches Gehalt, schnelleres gesetzlich geregeltes Einrücken in die höheren Gehaltssätze, mit der Maßgabe, daß das Durchschnittsgehalt der Charge nach fünfjähriger, und das Meistgehalt der Charge nach zehnjähriger Dienstzeit in derselben erreicht sein muß, gesetzlich geregeltes Verfahren zur Bestimmung des Dienstalters, wirkliche etatsmäßige Besetzung aller im Etat ausgeworfenen Stellen, Veröffentlichung einer Rangliste, wie solche bereits bei der Militärverwaltung besteht, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und zwar Feststellung derselben auf täglich acht Stunden, thatsächliche Durchführung des verheißenen alljährlichen Erholungs-Urlaubs, Wegfall der sogenannten Weihnachts-Gratification oder Bemessung derselben nach einem bestimmten Gehaltsprocentsatz und Gewährung derselben nur an Beamte von einem Jahresgehalt unter 4500 Mark, Abschaffung des Brauchs, daß die Beamten in Fällen, in denen es sich um einen Streit über ihre Rechte handelt, sich mit der Entscheidung des Generalpostmeisters als letzter Instanz begnügen müssen, endlich Erlaß eines Reichsgesetzes über die Unterstützung der Hinterbliebenen von Post- und Telegraphenbeamten. Diese Petitionen dürften im Reichstage einer besonderen Commission überwiesen werden, welche zugleich den Post- und Telegraphen-Etat in Vorberathung nehmen wird. Bereits in der letzten Session war man auf allen Seiten einstimmig der Meinung, daß der wichtige Etat der Post- und Telegraphenverwaltung endlich einmal gründlich commissarisch geprüft werden müsse. Der General-Postmeister hat sich bereit erklärt, der Commission alles gewünschte Material zur Verfügung zu stellen.

[Stempelfreiheit der Vormundschafts-Genehmigungen.] Es war zur Kenntniß des Justiz-Ministers gekommen, daß von einzelnen Vormundschaftsgerichten die den Beamten von deren vorgesetzten Behörden zur Führung von Vormundschaften ertheilten Genehmigungen für stempelpflichtig erachtet worden sind. In Folge dessen erklärt der Minister, daß diese Genehmigungen als stempelfrei anzuerkennen sind, und zwar ohne Rücksicht auf die Form, in welcher sie ausgestellt werden. Dabei wird ausgesprochen, daß es sich bei der Uebernahme von Vormundschaften „überwiegend mehr um die Erfüllung einer öffentlichen staatsbürgerlichen Pflicht, als um das Privatinteresse handelt"; weshalb auch, wie bereits seit einer Reihe von Jahren in der Verwaltungspraxis geschehen ist, von der Besteuerung abzusehen ist.

[Anzeige der Uebertragung eines geistlichen Amtes durch kirchliche Obere.] Nach § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 muß der geistliche Obere bei der Uebertragung eines geistlichen Amtes dem Oberpräsidenten der Provinz die erforderliche Anzeige vor der endgiltigen Amtsübertragung machen. In Beziehung auf diese Bestimmung hat das Obertribunal bereits in einem früheren Erkenntniß ausgesprochen, daß, wenn der geistliche Obere dem Geistlichen das Amt sofort endgiltig überträgt und dem Oberpräsidenten erst nachträglich von der Uebertragung Mittheilung macht, das betreffende geistliche Amt in gesetzwidriger Weise übertragen worden ist. Dieser Satz erleidet jedoch nach der neuesten Rechtsprechung des Obertribunals (Erkenntniß vom 4. December 1877) eine Aenderung, wenn der Ober-Präsident die ihm erst nachträglich gewordene Mittheilung von der erfolgten Uebertragung wie eine Anzeige von der beabsichtigten Uebertragung behandelt und denjenigen, an welchen die Uebertragung erfolgt ist, als rechtmäßigen Inhaber des Amtes anerkannt hat. In diesem Falle ist das geistliche Amt in gesetzmäßiger Weise übertragen worden.

Stettin, 2. Januar. [Ostsee-Rhederei.] Von der deutschen Ostsee schreibt man der „K. Z.": Der russisch-türkische Krieg äußert, je länger er anhält, einen immer ungünstigeren Einfluß auf alle Verhältnisse der deutschen Ostsee-Rhederei. Eine bedeutende Zahl deutscher Ostseeschiffe, besonders aus den pommerschen, ostpreußischen und schleswig-holsteinischen Häfen, betrieb bisher eine lohnende Frachtschifffahrt von den russischen Seeplätzen des Schwarzen Meeres nach England, Holland und Belgien, die nun in diesem Jahre gänzlich aufgehört hat, während wieder viele mecklenburgische, lübeckische und stralsunder Fahrzeuge als Frachtfahrer von Riga, Reval, Liebau, Petersburg nach England, Frankreich und Belgien fuhren. Auch letztere Thätigkeit vermindert sich jetzt sehr, da viele besonders vorsichtige englische und holländische Handlungshäuser ihre Verbindung mit den russischen Ostseehäfen möglichst einzuschränken suchen, aus Besorgniß des drohenden Conflicts zwischen Großbritannien und Rußland, welcher dann leicht eine Blokade der Häfen des letzteren Staates herbeiführen würde. Aus diesem Grunde ruht der früher so bedeutende Schiffsbau auf den deutschen Werften jetzt fast gänzlich, und in Stettin, Stralsund, Rostock und Wismar, wo sonst alljährlich Dutzende stattlicher Kauffahrteischiffe in Arbeit waren, sieht man jetzt nur ganz vereinzelte Fahrzeuge auf den Helgen.

Darmstadt, 3. Januar. Der nunmehr erschienene Bericht des Finanz-Ausschusses der zweiten Ständekammer bringt, wie eine Correspondenz der „K. Ztg." mittheilt, endlich einige amtliche Aufklärung über die kürzlich vielbesprochenen Vorgänge. Das Finanz-Ministerium giebt die bedeutenden Rückstände in dem Rechnungswesen der Hauptstaatskasse so wie die ganz zufällige Entdeckung der Defecte bei der Staatsschuldentilgungskasse zu. Unter diesen Umständen fand es der Ausschuß außerordentlich bedauerlich, daß dem bereits Anfang 1876 gefaßten Beschlusse der Stände wegen Vereinigung beider Kassen, wodurch die Entdeckung des Zustandes früher herbeigeführt sein würde, keine Folge gegeben wurde. Gegen die Stimme eines Mitgliedes beschloß nun der Ausschuß: der Kammer die Bewilligung der Verausgabung der Gehälter der Staatsschuldentilgungskasse für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres vorzuschlagen, in der sicheren Voraussetzung, daß die Vereinigung beider Kassen mit dem 1. Juli wirklich ins Leben trete.

Oesterreich.

Pest, 3. Jan. [Die Neujahrsgratulation.] Heute fand die Neujahrs-Gratulation der liberalen Partei bei dem Minister-Präsidenten Tisza statt. Nachdem Graf Emanuel Pechy im Namen der Partei erklärt hatte, daß nicht Convenienz, sondern Verehrung für die Person Tisza's die Parteimitglieder zu ihm geführt habe, sagte er weiter: Trotz des unermüdlichen Eifers und der Bestrebungen der Regierung sind die wichtigsten wirthschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten noch ungelöst. Die Partei kann sich der ernsten Lage nicht verschließen, in der unsere auswärtigen Angelegenheiten sich befinden. Trotz alledem verzagt die Partei nicht, denn die makellose, glänzende Vergangenheit Tisza's ist ihr Gewähr dafür, daß er stets ein treuer Wächter des Constitutionalismus und der Freiheit war und sein wird. Die Partei ist gleich ihm davon überzeugt, daß alle Schwierigkeiten nur dann und nur so überwunden werden können, wenn Alle treu an der Verfassung halten und diese unter allen Umständen zu erhalten und zu bewahren als ernste Aufgabe ansehen werden. Die Partei wird dem Minister-Präsidenten auf dieser Bahn stets mit patriotischer Bereitwilligkeit folgen. Die Partei weiß, daß die patriotischen Bestrebungen Tisza's häufig von bitteren und unbegründeten Verdächtigungen angegriffen werden; andererseits kennt sie aber auch seine unermüdliche Energie, seinen ausdauernden Eifer und seine weise staatsmännische Einsicht. Schließlich wünschte der Redner dem Minister-Präsidenten Kraft, Gesundheit und Ausdauer zur Lösung seiner schwierigen Aufgaben.

Auf diese Anrede erwiderte der Minister-Präsident: Vor Allem empfanget meinen vom Herzen kommenden Dank für die gütige Erinnerung, welche Ihr mir auch bei diesem Anlasse bezeugt. Auch ich kann mich der Erwägung jener ernsten Fragen nicht verschließen, welche unser Freund hier in eloquenter Weise bezeichnet hat; allein es lebt die Ueberzeugung in mir, daß, wenn die Besseren in Ungarn allezeit entschlossen sei werden, einerseits Ungarns constitutionelle Freiheit auch gegen Denjenigen zu schützen, die dieselbe im Wege einer falsch verstandenen Freiheit gefährden wollen, und wenn sie andererseits entschlossen sein werden, auch Angesichts der auswärtigen Verwickelungen die Interessen der Monarchie und Ungarns unter allen Umständen zu schützen, aber auch alles Mögliche aufzubieten, damit deshalb unsere Monarchie nicht in neuere Schwierigkeiten, in neuere Complicationen oder in einen Krieg verwickelt werde — ich sage, wenn sie hierzu entschlossen sein werden; dann zweifle ich nicht daran, daß es mit Gottes Hilfe gelingen werde, die Monarchie und unser theures Vaterland auch im neuen Jahre vor jedem größeren Uebel zu bewahren. Was die in Schwebe befindlichen wirthschaftlichen und finanziellen Fragen betrifft, wird die Regierung ihrerseits Alles, was in ihrer Macht steht, aufbieten, daß diese Fragen je früher gelöst werden, damit das Land hernach Muße habe, mit aller Kraft für seine eigenen, für seine inneren Angelegenheiten, für die volle Entfaltung seiner materiellen und geistigen Fähigkeiten zu wirken. — Seid überzeugt, daß ich, insolange ich Euer Unterstützung sehe, insolange ich die Wohlthat Eueres Vertrauens empfinde, mich durch keine wie immer gearteten Angriffe von der Erfüllung meiner Pflicht werde abschrecken lassen. (Lebhafte Eljen-Rufe.) Seid im Reinen darüber — wie Ihr es gewiß auch seid — daß eine glückliche Lösung dieser nur kurz berührten, hochwichtigen Fragen weder durch Menschen, noch durch die Regierung, sondern einzig und allein durch den entschlossenen, weder Einschüchterung noch Verzagen kennenden Willen der Majorität der Legislative des Landes erwirkt werden kann. (Zustimmung.) Wenn Ihr mich auf dieser Bahn der Unterstützung würdig haltet, dann bitte ich um Eure Unterstützung, wenn nicht, dann sprechet es aus, damit Ihr einen Andern unterstützen könnt; denn ein einzelner Mensch mag fallen, das Vaterland aber muß unter allen Verhältnissen leben und erblühen. Lebet wohl und glücklich! Ich empfehle mich Eurer gütigen Freundschaft! (Langanhaltende Eljen-Rufe.) Hiermit war der Empfang zu Ende.

Italien.

Rom, 31. Decbr. [Der Vatican und Rußland.] Was die Zeitungen von der Wiederaufnahme von Unterhandlungen zwischen Rußland und dem Vatican aus Anlaß der Rückkehr des Fürsten Urussoff zu erzählen wissen, ist — so schreibt man der „N.-Z." von hier, — leere Erfindung. Fürst Urussoff war im vorigen Frühjahr zur Villegiatur nach Sorrento und von dort im Spätsommer mit Urlaub in die baierischen Alpen und nach Wien gegangen, von wo er jetzt auf seinen Posten zurückkehrt, nicht um unmögliche Unterhandlungen zu führen, sondern, wie schon früher, den Gang der Dinge im Vatican zu beobachten und seine Regierung davon zu informiren, was auch sein Vorgänger, Herr von Kapnist, zu thun hatte. Dagegen aber hat sich der Nuntius in Wien, Msgr. Jacobini, viel Mühe gegeben, die hohe Gunst, deren er am dortigen Hofe genießt und die politischen Verhältnisse der letzten Monate zur Anbahnung einer Verständigung des Vaticans mit Rußland auszubeuten. Auch erhielt Msgr. Jacobini die Weisung, die persönliche Intervention des Kaisers von Oesterreich beim Kaiser von Rußland zu Gunsten der katholischen Kirche anzurufen. Diese Bitte des Papstes wurde unzweifelhaft erfüllt, hatte aber keinen anderen Erfolg, als die hundertmal wiederholte Versicherung Rußlands, daß es jeder Zeit bereit sei, den unangenehmen Kirchenstreit beizulegen, wenn nur der Papst die ihm längst bekannten Grundlagen des Ausgleichs annehmen wolle. Diese Antwort hat in Wien und in Rom nicht befriedigt, und es ist wahrscheinlich nicht bei dem ersten Schritt geblieben; aber Rußland lehnte alle weiteren Erörterungen mit dem triftigen Grunde ab, daß es sich im Augenblicke mit viel wichtigeren Dingen zu befassen habe als mit Gefälligkeitsdiensten, auf welche der Papst sich durch seine Haltung gegenüber der Orientfrage gewiß keinen Anspruch von Seiten Rußlands erworben hat. Dies ist die Lage, welche Fürst Urussow bei seiner Rückkehr vorfindet, und es bleibe dahingestellt, ob sie sich zur Anknüpfung directer Unterhandlungen zwischen Rußland und dem Vatican eigne.

[Ueber die Pläne der Curie mit Schottland] schreibt man der „K. Z.": Aus der vielgenannten Allocution, die so große Dinge bringen sollte, ist eine ganz unbedeutende Einleitungsrede geworden, die weiter nichts enthält, als einige Worte des Dankes an den Schöpfer, der dem Papste die Kraft verliehen, noch diesen ihm so theuren Act vorzunehmen, und an das h. Collegium, für die dem Patienten bewiesene Theilnahme. Nichts von Politik, nichts von der nächsten Zukunft der Kirche, nicht einmal etwas über die Pläne mit Schottland. Diesen haben sich einmal wieder, ähnlich wie der Absicht, einen Nuntius nach London zu schicken, im Jahre 1848 — Morichini war zu solchem Posten ausersehen —, Hindernisse entgegengestellt, zu deren Hinwegräumung eine längere Zeit gehört. Und so wird auch in dem auf heute anberaumten Consistorium Manning nicht den Trost haben, bei derselben Gelegenheit, da ihn der rothe Hut krönen wird, die Krönung des neuen Gebäudes der Hierarchie von Schottland proclamiren zu hören.

[Graf Chambord] hat sich bei Pius verbindlich gemacht durch einen Brief, in dem er ihm zu seiner wiederhergestellten Gesundheit Glück wünscht und Wünsche fürs nächste Jahr hinzufügt. Der Papst ließ sich hübsch bedanken. Was die Gesundheit anbetrifft, so kann von deren Wiederherstellung keine Rede sein. In seinem Bette, in dem er diesmal gegen allen Brauch die beiden neuen Eminenzen machte — was Anlaß zu allerlei Späßchen in Ehren gegeben hat —, sah Pius doch elend genug aus. Er glaubt selbst, in einer Krisis sich zu befinden, in der sich seine Säfte reinigen, dürfte aber für solchen innerlichen Proceß doch etwas zu alt sein.

[Das Programm des neuen Ministeriums.] Der Herrn Depretis nahestehenden Turiner „Gazzetta del Popolo" zufolge ließe sich das Programm des neuen Ministeriums Depretis-Crispi folgendermaßen zusammenfassen:

1) Die Eisenbahnconventionen in Verfolg eines Votums der Kammer und in Uebereinstimmung mit dem Programm und den Antecedentien der Linken, welche aus politischen, ökonomischen und finanziellen Gründen den Privatbetrieb stets dem Staatsbetriebe voranstellte. 2) Ermäßigung der Mahlsteuer um zwanzig Millionen Lire (also ein Viertel derselben. Anm. d. R.), als erster Schritt zur gänzlichen Abschaffung derselben. 3) Wahlreform und Erweiterung des Wahlrechtes in derartigen Proportionen, daß alle Vortheile des allgemeinen Wahlrechts erreicht und alle Nachtheile desselben vermieden werden. Einführung des „Listenscrutiniums", das immer im Sinne der Liberalen lag, und, den in der Regel fortgeschritteneren Centren und dem nationalen Gedanken mehr Kraft verleihend, besser die particularistischen und clericalen Einflüsse hintanhalten dürfte. 4) Festsetzung von Diäten für die Parlaments-Mitglieder, um den Weg ins Parlament allen jenen verdienten Männern zu eröffnen, auf welche das Volk sein Vertrauen setzen kann, die aber gegenwärtig vom Parlamente ausgeschlossen sind, weil sie sich wegen Mangel an Glücksgütern in der Unmöglichkeit befinden, ihren Lebensunterhalt in der Hauptstadt zu bestreiten. Und 5) Reconstituirung des Senats, dessen Ansehen und Würde gegenwärtig, wegen der bei der Ernennung seiner Mitglieder seitens der jeweiligen Ministerien ausgeübten Willkürlichkeit und wegen der häufig angewandten sogenannten „Schub"-Methode arg benachtheiligt werden.

[Der Senat] genehmigte am 29. d. den von den Ministerien der Gemäßigten (Menabrea und Lanza-Sella) mit der französischen Baugesellschaft Vitali, Charles, Picord u. Co., vereinbarten Vergleichs-Vertrag mit 85 gegen 32 Stimmen, nachdem der Marquis Joachim Pepoli unter den lautesten Beifallsbezeugungen des auf den Tribünen zahlreich anwesenden Publikums nachgewiesen hatte, wie schändlich die Consorten mit den für den Bau der Eisenbahnen bewilligten Staatsgeldern gewirthschaftet hatten; wie die Concessionsvertheilungen, die Verwaltung derselben eine fortgesetzte Bestehlung des Schatzes gewesen und vielleicht noch sei. Dann kam der liberale Gemahl der Prinzessin von Hohenzollern auf das von den früheren Finanzministern erfundene erdrückende Steuer-System zu sprechen, das sicher in der Türkei nicht schlechter ist, er bedauerte, daß die jetzige Regierung der Linken noch nichts gethan, um dasselbe zu mildern und empfahl dem Chef des Cabinets, dies ja bald zu thun, Ersparnisse im Haushalt machen zu lassen, die Verwendung der Staatsgelder besser zu controliren und vor Allem über die gesammte Eisenbahnverwaltung eine parlamentarische Untersuchung anzuordnen. Da diese aber wahrscheinlich ganz absonderliche Dinge über die italienische Finanzverwaltung alter und neuer Zeit zu Tage fördern und auch den „Eisenbahn-Banquiers", mit denen Depretis die neuesten Verträge vereinbarte, nicht angenehm sein würde, weil sie auch bei de nalten Verträgen concurrirt haben, so antwortete Depretis ausweichend und erwiderte dem Senator Pepoli, eine solche Untersuchung würde eine zu lange Zeit erfordern und wäre jetzt nicht rathsam; er versprach indeß, nächstens die verheißenen Steuerreformen verkündigen zu lassen.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 2. Jan. [Neujahrsfeier. — Ministerielles. — Zur Labordère'schen Angelegenheit. — Gambetta's Römische Reise. — Midhat Pascha. — Tumultuöse Auftritte in Briens. — Eisenbahn-Attentat.] Die Pariser haben das Neujahrsfest in guter Laune gefeiert und da das Wetter schön war, haben sie dem officiellen Feiertag einen zweiten angehängt. Auf den Boulevards herrscht heut ein ebenso reges Treiben als gestern. Es war ersichtlich, daß alle Welt sich recht aufrichtig zu dem Wechsel der Dinge, der nach so langer Unruhe eine längere Periode des inneren Friedens in Aussicht stellt, beglückwünschte. Durch die Wolken am auswärtigen Horizont läßt sich das größere französische Publikum nicht sonderlich beunruhigen, seitdem seine Aufmerksamkeit durch die Krisis des 16. Mai von den orientalischen Ereignissen gewaltsam ab- und auf die heimischen Angelegenheiten gelenkt worden ist. Indeß scheint doch selbst im Osten der Himmel sich aufhellen zu wollen und die Börse gab heute ihren Friedenshoffnungen durch eine energische Hausse Ausdruck. Die Neujahrsempfänge in Versailles und im Elysée sind in der herkömmlichen Ordnung und ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle verlaufen. Mac Mahon hat auf die Glückwünsche der Behörden nur mit einigen Worten des Dankes geantwortet und es sind dabei keine politischen Aeußerungen gefallen. Doch hielt der Marschall, wie man sagt, eine kleine Ansprache an die Minister, welche sämmtlich bei ihm frühstückten. „Der heutige schöne Tag", soll er gesagt haben, „ist eine glückliche Vorbedeutung für das beginnende Jahr. Ich hoffe, daß es ruhig und friedlich verlaufen wird, ohne den Schwierigkeiten zu begegnen, welchen das verflossene Jahr begegnete". Im Uebrigen war die Politik in die Neujahrsempfänge der verschiedenen Ministerien verwiesen. Die Aeußerungen der Minister, deren bemerkenswertheste wir bereits in einem früheren Briefe mitgetheilt haben, haben im Ganzen einen sehr guten Eindruck gemacht, namentlich diejenigen Marcère's. Das „Amtsblatt" hat auffallenderweise nur eine Anrede des Marineministers Pothuau mitgetheilt, die ebenfalls im republikanischen Geiste gehalten ist. Indeß beschränken die Minister sich nicht auf diese platonischen Erklärungen. Dufaure hat ein Rundschreiben an die Generalprocuratoren versandt, welches dieselben anweist, die große parlamentarische Untersuchung in Sachen der Wahlpolitik des 16. Mai zu erleichtern, soweit es ihre Berufspflicht gestattet. De Marcère seinerseits fährt mit der Umgestaltung des Personals fort und setzt die nach dem 16. Mai entfernten republikanisch gesinnten Bürgermeister wieder ein. Man kann also sagen, daß das Jahr sich günstig für die Anhänger der Republik ankündigt, und in dieser Hinsicht ist die Sprache der reactionären Blätter ganz besonders bezeichnend. Dieselben haben alle Hoffnung auf eine baldige Revanche aufgegeben, und sie finden sich in den Gedanken, daß „bis nach der Ausstellung wenigstens" die Republikaner ungestört am Ruder bleiben werden. Der Jahreswechsel veranlaßte also diese Blätter zu ziemlich melancholischen Betrachtungen. Allerdings bleibt für den Anfang der parlamentarischen Session (die Kammern kehren bekanntlich schon nächsten Dinstag zurück) noch eine ziemlich heikle Angelegenheit zu schlichten. Die Erklärungen über den Zwischenfall in Limoges haben, wie gemeldet, nicht sonderlich befriedigt und die republikanischen Deputirten könnten sich leicht bewogen fühlen, von dem Ministerium genauere Aufschlüsse resp. Garantien gegen die Wiederholung der militärischen Intriguen vom November und December zu verlangen. In der Presse wird diese Frage noch lebhaft discutirt und das „Bien public" bringt heute einen Brief des Generals Wimpffen an den abgesetzten Major Labordère. Der General billigt durchaus das Verfahren Labordère's und spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung denselben bald mit einem höheren Grade wieder in die Armee einstellen werde. Zugleich setzen die Radicalen ihre Supscription behufs Anschaffung eines Ehrendegens für Labordère trotz der Abmachung des letzteren fort. Indessen wie jetzt die Dinge stehen und angesichts der Beschwichtigung der öffentlichen Meinung, wie sie sich in diesen Festtagen kundgegeben, glaubt man im Allgemeinen nicht mehr, daß diese Angelegenheit bedenkliche Folgen für die Regierung haben werde. — Aus Rom wird gemeldet, daß Gambetta heute die Rückreise nach Frankreich antritt und daß er eine Einladung der französischen Colonie in Neapel abgelehnt hat. Obgleich Gambetta selbst einfach versichert hat, daß er mit keiner politischen Mission betraut gewesen und nur zu seiner Erholung nach Italien gegangen sei, so fehlt es doch nicht an Leuten, welche überzeugt sind, daß der Führer der republikanischen Partei bei der Reise nach Rom keinen anderen Zweck gehabt habe, als den, sich mit den italienischen Staatsmännern, namentlich mit Bezug auf das Conclave, zu besprechen und ihnen vorzustellen, daß die officielle Politik Frankreichs in eine andere Bahn gelenkt worden. Man braucht darum nicht anzunehmen, daß Gambetta eine Sendung von Waddington erhalten habe, wie die Gegner der jetzigen Regierung behaupten. — Midhat Pascha, der, wie man weiß, nach London berufen worden ist, ist heute früh hier angekommen und wird wahrscheinlich morgen seine Reise fortsetzen. — In Brixas bei Rivesaltes sind gestern Ruhestörungen vorgekommen. Die Bevölkerung hat zwei Gendarmen, die eine Verhaftung vornehmen wollten, mehrere Stunden in einem Hause, wohin sie sich geflüchtet hatten, belagert und die Behörde von Perpignan mußte eine Gendarmerie-Brigade zum Entsatz derselben abschicken. — Der Schnellzug von Marseille nach

Valence war am Sylvesterabend einer großen Gefahr ausgesetzt. Verbrecherische Hände hatten auf der Bahnstrecke schwere Balken und Steine aufgehäuft, um den Zug zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise wurde das Attentat noch rechtzeitig entdeckt.

⊙ **Paris**, 3. Jan. [Rochebouet über die Affaire von Limoges. — Ministerielles. — Dufaure und die General-Procuratoren. — Fournier. — Aus dem Elysée.] General Rochebouet hat sich nun selbst über die Affaire von Limoges, an welcher er als Kriegsminister in hohem Maße betheiligt war, vernehmen lassen. Wie die „Agence Havas" meldet, sagte er am Neujahrstage in Bordeaux beim Empfange der städtischen Verwaltung Folgendes: „Die Gerüchte, welche man über den Vorgang in Limoges verbreitet hat, sind nicht ernsthaft: die Befehle, welche ich gegeben habe, sind nur die Wiederholung derjenigen, welche schon mein Vorgänger für den Fall von Ruhestörungen ertheilt hatte; sie waren einfach defensiver Art; sie hatten nicht den Zweck anzugreifen, sondern einem Angriff zu widerstehen. Ich hätte mich nie in eine solche Bahn reißen lassen. Ich habe nicht mehr als Sie daran gedacht, einen Staatsstreich zu unternehmen, weder für die Bonapartisten (Sie wissen, was ich von denselben denke), noch für Andere: Sie wissen wie ich, daß sie unmöglich sind. Niemals haben der Marschall und sein Cabinet daran gedacht, einen Staatsstreich zu machen; im Gegentheil hat das Cabinet dem Marschall gerathen, ein Ministerium in der Mehrheit des Parlaments zu wählen." Soweit Rochebouet. Wie man sieht, giebt er im Wesentlichen die Erklärung, welche in der Note des „Amtsblattes" gegeben worden. Man kann freilich fragen, ob der Kriegsminister selber von allen Vorbereitungen, die in gewissen Armeecorps getroffen waren, gewußt hat. Hatte man dieselben ja auch aller Wahrscheinlichkeit nach vor Mac Mahon geheim gehalten. — Wie es scheint, werden die Befehle des Justizministers Dufaure von den Gerichtsbeamten nicht überall auf's pünktlichste befolgt. So z. B. der Befehl, daß die vor dem 14. December eingeleiteten Preßprozesse eingestellt und die Ausführung der Urtheile unterbrochen werden soll, da der Kammer ein Amnestie-Vorschlag vorgelegt worden ist. In Caen hat das Gericht einem solchen Prozesse freien Lauf gelassen. Ohne Zweifel dürfte es auch mit anderen Verfügungen Dufaure's so gehen. Der Justizminister ist schwerlich naiv genug, zu glauben, daß die parlamentarische Untersuchung überall von den Generalprocuratoren und Procuratoren wirklich unterstützt werden wird, weil er ihnen die Unterstützung derselben anbefohlen hat. Diese Beamten sind zum großen Theile von der Regierung des 16. Mai ernannt worden und haben sich als sehr thätige Agenten der Maipolitik erwiesen. Sie werden sicherlich nicht die Bestrebungen der Mehrheit begünstigen und es wird auch hier wohl nicht anders zu helfen sein, als durch die Ersetzung derjenigen Gerichtsbeamten, welche der republikanischen Regierung hindernd in den Weg treten. Die liberale Presse sucht den Eifer des Justizministers anzustacheln, aber man hat von vorn herein in der republikanischen Mehrheit nicht erwarten können, daß Dufaure mit der Umgestaltung seines Personals so schnell zu Werke gehen werde, wie sein College de Marcère; einmal weil der Charakter des Mannes seit lange bekannt ist, zum Andern weil man gestehen muß, daß Veränderungen im Gerichtspersonale wirklich schwieriger auszuführen sind, als im Verwaltungspersonale. Dufaure hat es nicht einmal bisher für rathsam gehalten, den Staats-Procurator Thevenin zu züchtigen, der sich doch herausgenommen hatte, bei dem Prozesse de Broglie und de Fourtou gegen die „Petite Republique" in einer ganz unanständigen Weise und mit verächtlichem Tone die Verfügung des Ministeriums, welche eine Vertagung dieses Prozesses verlangte, in offener Gerichtsverhandlung mitzutheilen. — Heute soll im „Amtsblatte" die Ernennung Fourniers zum Gesandten in Konstantinopel erscheinen, da die türkische Regierung ihre volle Zustimmung zu dieser Wahl ausgesprochen. Wie es heißt, will sich die französische Regierung bei der Hochzeit Alphonse XII. durch einen besonderen Gesandten vertreten lassen. Man hatte zuerst an de Banneville gedacht, aber jetzt ist, wie der „Figaro" mittheilt, der Duc d'Audiffret-Pasquier für diese Sendung in Aussicht genommen; er hat aber noch nicht erklärt, ob er dieselbe annehmen wird. — Im Elysée beginnt man mit den Vorbereitungen zu den diesjährigen Winterbällen. Dieselben dürften aber weniger zahlreich und weniger glänzend ausfallen als in früheren Jahren, da das Elysée seine Hauptanstrengungen für die Feste während der Ausstellungszeit vorbehält.

Paris, 2. Jan. [Das Schreiben des Generals von Wimpffen an Major Labordère] lautet wie folgt:

Paris, 30. Decbr. 1877. Commandant! Ehe ich Ihnen betreffs Ihres Verhaltens schrieb, hielt ich es für Pflicht, mir über die Ursachen Rechenschaft abzulegen, die Sie zu der Erklärung veranlaßten, nicht an den zur Sicherung des Erfolges eines Staatsstreiches genommenen Maßregeln Theil zu nehmen. Ihre muthige Initiative schien mir zur Genüge durch die gewaltsamen Vorschriften gerechtfertigt, die eben so von vielen Offizieren aller Waffengattungen gemißbilligt werden. Allen competenten Militärpersonen gilt es als unwiderleglich, daß Offiziere und Soldaten eine doppelte Aufgabe zu erfüllen haben: die vor dem äußern Feinde und diejenige, die sie ihren Mitbürgern entgegenstellt. Der erste Fall will, daß sich Offiziere und Soldaten unbedingt dem Willen ihrer Vorgesetzten unterwerfen. Die Vorgesetzten haben beim zweiten die zwingende Pflicht, die Truppe nur zur Verhinderung von Plünderung, von Angriffen gegen das Leben von Privatpersonen, aber nicht zu einem Angriff auf die öffentliche Freiheit zu verwenden. Damit demgemäß geschehe, muß jede Kundgebung von Seiten der Mitbürger nur der Ueberwachung der bürgerlichen Behörden unterstellt werden, die mit Hülfe ihrer Beamten jeden Versuch, Unruhe zu stiften, unterdrücken müssen. Nur die Unzulänglichkeit der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel kann sie berechtigen, die Unterstützung von Truppen zu verlangen, die dann mit Mäßigung zu verfahren und nur in äußersten Fällen von ihren Waffen Gebrauch zu machen haben. Eine entgegengesetze Auslegung über die Anwendung des militärischen Reglements kann nicht ohne Gefahren für die Freiheit einer Nation angenommen werden. Diese Gefahr wurde von den namhaftesten militärischen Größen vorausgesehen und ausgesprochen. In diesem Geiste muß Ihr Protest beurtheilt werden. Ich zweifle nicht daran, daß man Ihnen bald Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, indem man Sie wieder in die Armee einstellt und Ihnen den Rang eines Oberst-Lieutenants verleiht, wozu Ihre Dienste Ihnen ein Anrecht geben. Genehmigen Sie u. s. w.

General de Wimpffen.

Osmanisches Reich.

[Der Uebergang Gurkos über den Balkan.] Die russische West-Armee hat die einzige und beste Balkanstraße, jene über den Etropol-Balkan, forcirt und befindet sich bereits in der Ebene von Sofia. Dem Vormarsche größerer Truppenmassen von Orhanie aus über den Baba-Konak-Paß, dem Transporte von Geschützen, Munition und sonstigen Kriegsbedürfnissen nach dem Operationsfelde südlich des Balkans steht somit kein Hinderniß mehr entgegen, denn die Sophiastraße ist nicht etwa ein Gebirgsübergang im Sinne des Schipka-Passes, sondern eine moderne Kunststraße in des Wortes vollster Bedeutung, die bekanntlich von Midhat Pascha angelegt wurde. — Man kann dem Führer der russischen Avantgarde, General Gurko, große Kühnheit und Energie nicht absprechen. Trotz der bitteren Erfahrungen, welche er mit seinem Uebergang über den Chodza-Balkan im Juli vorigen Jahres gemacht, hat Gurko abermals ein überaus kühnes Manöver versucht und ausgeführt. Beinahe zwei Monate währende Kämpfe gegenüber der Kamarli-Position haben Gurko belehrt, daß es nur mit schweren Opfern möglich sein würde, die Sophiastraße durch directen Angriff zu forciren. Auch dürfte Gurko sich zu schwach gefühlt haben, mit den beiden ersten Garde-Divisionen den Uebergang zu forciren, und wartete er daher Verstärkungen ab, welche ihm nach dem Falle von Plewna in der dritten Garde-Division zukamen. Nun vollzog Gurko in den letzten Tagen des December von Vracesi aus einen ungemein schwierigen Uebergang, indem er einen Fußsteig benützte, der westlich der Hauptstraße den Etropol-Balkan übersteigt und im Rücken sämmtlicher Gebirgspositionen der Sofiastraße diese selbst erreicht. Dieser Uebergang der Vorhut Gurko's war um so gefahrvoller, als er nur mit geringen Streitkräften vollführt werden konnte und eine rasche Verstärkung, der schlechten, durch die Witterungs-Einflüsse gehemmten Verbindung wegen, nur schwer, eventuell gar nicht möglich war. Es lag somit die Möglichkeit vor, daß die Türken über Gurko's Avantgarde mit bedeutenden Kräften herfallen und dieselbe noch früher vernichten würden, bevor Verstärkungen von nördlich des Balkans eingetroffen wären. An einen Rückzug über die Saumpfade des Etropol-Balkans konnte wohl nicht gedacht werden. Anstatt jedoch thätig in die Entwickelung der Ereignisse anzugreifen, ließen die Türken sich durch dieselben wie gewöhnlich überraschen. Gurko konnte ganz unbehelligt eine bedeutendere Truppenzahl bei den am Südabhange des Balkans gelegenen Dörfern Zilawa, Jlesnica und Njegosowo sammeln und darauf die Balkan-Positionen der Türken auf der Sofiastraße im Rücken angreifen. Am 31. December eroberte Gurko die Positionen von Taschkessen und occupirte am darauffolgenden Neujahrstage die Stellungen von Araba-Konak und Kamarli, welche von der türkischen Besatzung geräumt werden mußten, wollte diese nicht vollständig abgeschnitten werden. Es hat sich bei der Sofia-Balkan-Position ganz dasselbe Spiel wiederholt, wie seinerzeit im Schipka-Passe. — Durch eine energische Verfolgung der sich von Kamarli südöstlich in der Richtung auf Ceskeskiöi und Petricewo zurückziehenden Türken hat sich General Gurko bereits günstige Vorbedingungen zur Umgehung der rechten Flanke der nordwestlich von Ichtiman befindlichen Gebirgs-Position geschaffen. Von Petricewo läßt sich übrigens durch das Thal des Kuzlu-Dere auch eine zweite und letzte Gebirgsposition südöstlich von Ichtiman, das sogenannte Trajans-Thor, umgehen. Wenn dem General Gurko auch dieses Manöver gelingt, so steht seinem Vordringen in das Maritza-Thal und gegen Tatar-Bazardschik, den Endpunkt der rumelischen Eisenbahn, kaum ein ernstes Hinderniß mehr entgegen.

(N. Fr. Pr.)

[Bezüglich der Balkan-Uebergänge] schreibt das Berliner „Militär-Wochenblatt":

„Es hat eine Zeit gegeben, in welcher der Schwarzwald als ein schwer passirbares Gebirge verrufen war, und obwohl schon der Marquis de Villars im Mai 1703 kaum eine Woche brauchte, um mit 30,000 Mann von Willstedt über die Nußbacher Steige bis Villingen, trotz der unmittelbaren Nähe der Armee des Markgrafen von Baden, zu gelangen und seine Vereinigung mit den Truppen Max Emanuel's von Baiern herzustellen, behielt der Schwarzwald noch über ein Jahrhundert in der militärischen Welt seinen althergebrachten Ruf der Unwegsamkeit. Nannte doch selbst noch Napoleon Bonaparte die Höllenthalstraße in seinen Memoiren „cet affreux defilé". Heute urtheilt man anders über die Pässe des Schwarzwaldes, und ähnlich wie mit diesem verhält es sich mit dem Balkan. Als der General der Infanterie Hans v. Diebitsch 1829 durch das waldige Balkan-Gebirge in die lachenden Fluren des Maritzathales niedergestiegen war, da erfüllte allgemeines Staunen die militärischen Kreise, und die That „Sabalkanski's" wurde als einzig gepriesen. Heute denkt man nüchterner über das Mittelgebirge des Balkan, die Scheu vor dieser Barriere ist einer sachlicheren Auffassung gewichen. Während man selbst noch im letzten orientalischen Kriege von 1853—1856 den 525 Kilometer langen Hauptrücken vom Kap Eminéh bis zur bulgarischen Morava bei Nisch nur auf 9—10 Straßen übersetzen zu können wähnte, verzeichnet jetzt schon die österreichische General-Karte auf dieser Strecke 37 Uebergänge. Die Benutzbarkeit derselben hat wohl auch der Zug des Generallieutenants Gurko dargethan, der auf einer der unbekanntesten Linien ausgeführt wurde. Die Schwierigkeiten, welche der mehrgedachte Gebirgswall einer operirenden Armee entgegensetzt, sind somit durch die neueren geographischen Forschungen auf ihr richtiges Maß gebracht worden, und es besteht heute kein Zweifel mehr, daß wenigstens kleinere, leichter bewegliche Heereskörper den Balkan ohne außergewöhnliche Fährlichkeiten in den verschiedensten Richtungen übersetzen können. Anders steht es freilich um den Train, den Geschützpark, den Nachschub der Verpflegung und die Sanitätsanstalten. Diese Factoren einer großen Operations-Armee sind in ihrer Bewegung nach wie vor an die bedeutenderen und nur zu bald gezählten Weglinien gebunden, deren Besitz somit von entscheidender Wichtigkeit ist."

Provinzial-Zeitung.

✝ **Breslau**, 4. Jan. [Fortbildungsschule für Mädchen.] Es ist eine erfreuliche Erscheinung, die Fortbildungsschulen für Mädchen in allen größeren Städten neuerdings einen so bedeutenden Aufschwung nehmen zu sehen, daß fortwährend an die Erweiterung der schon bestehenden und Gründung neuer gedacht werden muß. Die Erkenntniß bricht sich immer mehr Bahn, es sei auch für das weibliche Geschlecht der unteren und mittleren Klassen der Bevölkerung eine Fortsetzung des in der Schule Gelernten wünschenswerth und nothwendig, sowohl um die erworbenen Kenntnisse nicht zu vergessen und darauf weiter zu bauen, als auch die mangelhaften zu ergänzen. In Berlin sind in den letzten zwei Jahren drei solcher Schulen entstanden, die das Bedürfniß noch nicht decken, und besonders haben sich die Bezirksvereine um die Gründung verdient gemacht. In Breslau wurde die erste derartige Schule durch den Frauenbildungs-Verein bereits im April 1866 eröffnet und erhielt beinahe seit dieser ganzen Zeit eine Subvention von dem Magistrate. Der im Laufe der Jahre fortgesetzt steigende Besuch macht gegenwärtig eine Theilung nothwendig, zu deren zweckmäßiger Durchführung der Magistrat ein Lokal in der kath. Mittelschule, Nicolai-Stadtgraben 5a, eingeräumt hat, woselbst auch die Meldungen von Hrn. Rector Dr. Höhnen angenommen werden. Nicht nur den jungen Mädchen sei warm ans Herz gelegt, diese Gelegenheit für ihre Weiterbildung zu benutzen, auch Eltern, Arbeitgeber, Gewerbetreibende und Fabrikherren möchten den ihnen angehörigen Mädchen den Besuch in ähnlicher Weise anrathen, wie dies von Seiten der Meister und Lehrherren mit den Lehrlingen, gegenüber der Sonntagsschule geschieht. Der Mitgliedsbeitrag von jährlich 2 Mark ermöglicht es auch der Aermsten, ihre Kenntnisse zu vermehren, und da der Unterricht in den Abendstunden von 8—9½ Uhr stattfindet, können auch solche junge Mädchen daran theilnehmen, welche während des Tages in Handlungen u. s. w. beschäftigt sind. Die Bewohnerinnen der Nicolai-Vorstadt, des Bürgerwerders, der westlichen Schweidnitzer Vorstadt und der westlichen inneren Stadt werden fortan die neue Schule zu benutzen haben, während für den östlichen Theil der Stadt die Fortbildungsschule in der Taschenstraße 26/28 der Mittelpunkt bleibt.

—ch. **Görlitz**, 3. Januar. [Stellvertretungskosten. — Oberbürgermeister Gobbin. — Wasserwerk. — Krankenhaus. — Stadtobligationen. — Stadt-Theater.] Der Magistrat hat, dem neulich gefaßten Beschlusse der städtischen Behörden entsprechend, dem Stadtrath Rauthe die Stellvertretungskosten, welche in Folge seiner Vertretung durch den Referendar von Rabenau verausgabt sind, bei der Gehaltszahlung abgezogen, aber beschlossen, den nun folgenden Prozeß nicht durch den Syndicus, sondern durch den Justizrath Sprink führen zu lassen, welcher in der Stadtverordnetenversammlung am entschiedensten die Ansicht vertreten hat, daß die Stadt nicht die Verpflichtung habe, die Stellvertretungskosten zu zahlen. Er wird nunmehr Gelegenheit haben, durch alle Instanzen hindurch diese Ansicht zu vertreten, da dem Vernehmen nach die nationalliberale Fraction dem Abgeordneten Rauthe zur Pflicht gemacht hat, die Angelegenheit zum endgiltigen Austrage zu bringen, so fern er in den unteren Instanzen unterliegen sollte, und eben so wird der Magistrat die Sache im entgegengesetzten Falle durch alle Instanzen zu verfolgen haben. Schließlich wird die hier vorhandene Differenz wohl zu einer klaren gesetzlichen Regelung der Verpflichtung zur Zahlung der Stellvertretungskosten führen. Bei dieser Gelegenheit ist es nöthig, darauf hinzuweisen, daß dem Beschlusse der Stadtverordneten, betreffend Verweigerung der Stellvertretungskosten, keineswegs, wie man nach dem animosen Artikel eines Localblattes annehmen konnte, persönliche Abneigung gegen den Stadtrath Rauthe zu Grunde gelegen hat, — denn die ist in der That höchstens bei einzelnen in die Holzfrage verbissenen Unzufriedenen vorhanden, die ihm nicht vergessen können, daß er ihre haltlosen Agitationen in der städtischen Steuerfrage mit der drastischen Bemerkung abfertigte: „Wer keine Steuern zahlen wolle, möge zu den Wilden gehen." Vielmehr ist der erste Beschluß, wie sich aus den folgenden Verhandlungen und namentlich aus gelegentlichen Aeußerungen der Führer in den Debatten ergiebt, ohne Rücksicht auf seine politische Tragweite lediglich um deswillen gefaßt, weil den Stadtverordneten die Anweisung der vom Oberbürgermeister festgesetzten Stellvertretungskosten einfach notificirt war, während sie der Meinung waren, daß ihnen auch in dieser Frage das Bewilligungsrecht zustände. Der Umstand, daß der Magistrat einen in der vorhergehenden Sitzung der Stadtverordneten gefaßten Beschluß, betreffend die Rückverlegung der Verkaufsstände der Grünzeughändler vom Postplatze in die unmittelbare Nähe des Wochenmarktes, in wenig verbindlicher Weise als in seine Competenz eingreifend, zurückgewiesen hatte, trug nicht wenig dazu bei, die Stimmung für die Ablehnung günstig zu machen, umsomehr, da der Magistrat mit der theilweisen Verlegung des Grünzeugmarktes nach dem Postplatze einen Mißgriff gemacht hatte, den er wenige Wochen später selbst als solchen erkannte und rückgängig machte. Was sich weiter aus dem ersten Beschlusse entwickelt hat, das ist lediglich Werk der Juristen, die dann auch allein in der Angelegenheit weiter agirt haben. — Oberbürgermeister Gobbin wird morgen die Einführung der neuen Stadtverordneten nicht selbst vornehmen, sondern hat damit den Bürgermeister Minzlaff beauftragt, da seine Thätigkeit als Referent für den Provinzial-Haushaltsetat den Oberbürgermeister nöthigt, morgen in Breslau zu sein. — Es heißt jetzt, daß die zweite Maschine im Wasserwerke nächsten Sonnabend fertig gestellt werden und in nächster Woche die Abnahme erfolgen soll. Danach würde die Wasserleitung noch in diesem Monate in Betrieb gesetzt werden können, vorausgesetzt, daß nicht bei der Hauptdruckprobe nochmals zahlreiche Schäden auszubessern sind. Bisher sollen im Ganzen etwa vierzig undichte Stellen sich gezeigt haben, was bei der großen Ausdehnung der Röhrenleitung und Schwierigkeit des Terrains als ein verhältnißmäßig günstiges Resultat bezeichnet wird. — Zu den ältesten Differenzpunkten zwischen den beiden städtischen Körperschaften gehört die Krankenhausfrage, die bekanntlich die verschiedensten Phasen durchgemacht hat. Ursprünglich, zur Blüthe-Zeit der Grundstückspeculation, wurde in der Stadtverordneten-Versammlung der Plan angeregt, das jetzige vor etwa 30 Jahren erbaute Stadt-Krankenhaus am Postplatze aufzugeben, das Terrain zu parzelliren und für den Erlös ein neues Krankenhaus außerhalb der Stadt neu zu erbauen. Vergeblich wurde damals durch Gutachten hervorragender Sachverständiger der Nachweis geliefert, daß das jetzige Krankenhaus, wenn auch keine Musteranstalt, so doch im Ganzen zweckmäßig angelegt und eingerichtet sei, erst mit einer Stimme Majorität, späterhin mit wachsenden Majoritäten beschloß die Stadtverordneten-Versammlung die Errichtung eines neuen Krankenhauses. Der Magistrat weigerte sich, den Beschluß auszuführen, und erhielt auf die Beschwerde der Stadtverordneten in allen Beschwerdeinstanzen Recht. Späterhin trat aber der Magistrat, der inzwischen eine andere Zusammensetzung erhalten hatte, mit dem Projecte vor, ein neues Krankenhaus zu bauen. Es wurde ein großes Grundstück angekauft, ein Project angefertigt 2c.; als sich aber die Stadtverordneten überzeugten, daß die Realisirung ihres früheren Projects sehr viel Geld kosten würde, lehnten sie das Project ab und wurden um so spröder, je dringlicher der Magistrat sich zeigte. Es werden nächstens zwei Jahre, daß der Magistrat auf Grund eines Berichtes des Communalarztes über hochgradige Infection des Krankenhauses jede Verantwortlichkeit ablehnte, wenn die Stadtverordneten nunmehr nicht schleunig den Bau eines neuen Krankenhauses bewilligten — das alte Krankenhaus ist in regelmäßigem Gebrauch, man hat, dem Rathe des Sanitätsrath Kleefeld folgend, die Heizung zweckmäßiger eingerichtet und dadurch die mangelhafte Ventilation verbessert und jetzt ist vom Magistrat sogar die Anlegung einer Wasserleitung in das Krankenhaus beantragt; der beste Beweis dafür, daß sich der Magistrat jetzt selbst von der Richtigkeit der von Dr. Kleefeld jahrelang vertretenen Ansicht überzeugt hat, daß der Neubau eines Krankenhauses die Stadt ganz unnöthig mit einer hohen Ausgabe belasten werde. Bei dem jetzigen Krankenbestande von 40 und weniger Köpfen muß der Neubau eines Krankenhauses in der That als ein unverantwortlicher Luxus erscheinen. Inzwischen ist übrigens für etwaige Epidemien eine Baracke auf dem neuen Krankenhaus-Grundstücke errichtet. Eine Ironie des Schicksals hat gewollt, daß in diesem Gebäude, in dem bis jetzt noch keine Kranken untergebracht worden sind, in der Familie des dort wohnhaften Wärters einige Fälle von Diphtheritis mit tödtlichem Ausgange vorgekommen sind, während in dem alten Krankenhause, das so sehr inficirt sein sollte, daß der dirigirende Arzt die größten Gefahren für die Kranken voraussah, keine Wunddiphtheritis einen ernsten Ausgang genommen hat. — Der Magistrat kündigt die sämmtlichen Stadtobligationen von 1870 Serie I Littr. E à 25 Thlr. zum Ende dieses Jahres. Es ist nur noch die geringe Summe von von 24,750 Mark im Umlauf. Mit dem 31. December d. J. erlischt die Verzinsung dieser Obligationen. — Unser Stadttheater ist in Folge der ungünstigen Zeitverhältnisse in eine schwere Krise gerathen. Das Görlitzer Publikum erscheint wohl bei Gastspielen renommirter Künstler, zeigt aber sonst und zwar schon seit langer Zeit wenig Theilnahme für das Theater. In diesem Jahre ist nun noch die Geschäftsstockung dazu gekommen und hat die Reihe der Abonnenten so gelichtet, daß, nachdem der Circus Renz mit seinen niedrigen Preisen überdies seine Zugkraft ausgeübt hat, für den Director ein Weiterspielen unter den bisherigen Bedingungen unmöglich geworden ist. Es ist deshalb zwischen ihm und den Mitgliedern vor Jahresschluß ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge sie unter seiner Leitung und mit Benutzung seines Fundus weiterspielen, aber nicht mit fester Gage, sondern auf Theilung nach Abzug einer Entschädigung für den Director. Ob das Theater weiter existiren kann, wird nach Vieler Ansicht davon abhängen, ob sich die Mitglieder zu einer Herabsetzung der Preise entschließen.

r. **Loslau**, 4. Jan. [Zur Tages-Chronik.] In Lazisk, hiesigen Kreises, erstickte gestern ein Dienstknecht mit Frau am Kohlendampf. Herr Dr. Reich, rechtzeitig gerufen, brachte indessen den Mann noch zum Leben zurück, während die Wiederbelebungsversuche bei der Frau ohne Erfolg waren. Derselbe Arzt wurde heute zur Section einer Kinderleiche gerufen; Sectionsbefund noch unbekannt. — Rendant Ring hielt im Bürgerverein seinen angekündigten Vortrag „über standesamtliche und streitige Gerichtsbarkeit." — Das Säcularfest der evangelischen Kirche soll den 24. Juni a. c. feierlich begangen werden.

Berlin, 4. Jan. Die Börse eröffnete heute in einer ziemlich festen Haltung, wenigstens setzten die Hauptspeculationswerthe mit kleinen Avancen ein. Die hiesige Festigkeit stand aber gewissermaßen mit der Physiognomie der anderen tonangebenden Plätze in Widerspruch. Letztere meideten zwar keine ausgesprochen matte Stimmung, indeß vermochten weder die Notirungen, noch die geschilderte Tendenz eine Haussebewegung zu unterstützen. Es machten sich in Folge dessen Schwankungen in der Stimmung bemerkbar. Trotz alledem versuchte es die Haussepartei, an ihrer Position festzuhalten, ohne daß ihr dies aber auf die Dauer bei den Speculationswerthen gelang. Eine gewisse, nicht tiefgehende Verstimmung hatten die Aeußerungen des „Standard" hervorgerufen; doch litt die Gesammttendenz wenig unter diesem Drucke, denn namentlich die Rentenpapiere und die vom Capital bevorzugten Effecten erfreuten sich der besten Haltung. Oesterr. Creditactien gingen ziemlich lebhaft um. Franzosen blieben ruhiger und Lombarden waren ganz vernachläßigt. Die österreichischen Nebenbahnen verhielten sich ziemlich ruhig, documentirten doch aber eine feste Tendenz; bevorzugt waren Oesterreichische Nordwestbahn und Galizier, letztere konnten gegen Schluß der Börse in Folge von Realisationsverkäufen ihre höchste Notiz nicht voll behaupten. Für die localen Speculationseffecten war die Stimmung ebenfalls recht günstig und kamen Disconto-Commandit-Antheile und Laura-Actien höher zur Notiz. Erstere notirten per ultimo 102,25—101,50—101,90, letztere per ultimo 65,50—64,90—65,25. Für auswärtige Staatsanleihen war die Stimmung recht günstig und erzielten dieselben meist sämmtlich Courserhöhungen. Besonders bevorzugt zeigten sich Ungarische Goldrente und Ungarische Schatzscheine. Russische Werthe behauptet, 77er Anleihe 76,80, ältere 5procentige Anleihen per ultimo 77⅞—77⅝. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahn-Prioritäten trugen sämmtlich eine sehr feste Physiognomie und blieben auch nicht ganz unbelebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte waltet die feste Haltung vor, obschon die Umsätze beschränkt blieben. Für die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen zeigte sich ziemlich gute Kauflust. Potsdamer und Stettiner beliebt und höher, Anhalter, Hamburger und Halberstädter wenig fest und in den Coursen nachgebend. Halle-Sorauer, Görlitzer und Märkisch-Posen schwach, eher angeboten. Aachen-Mastrichter, Berlin-Dresden und Brest-Grajewo belebt, auch Weimar-Gera und Nahebahn rege, Märkisch-Posener Stamm-Prioritäts-Actien und Rumänische Stamm-Prioritäts-Actien gut behauptet. Bankactien ruhig, aber im Allgemeinen fest, Deutsche Bank ging zu etwas höherem Course um, Meininger begehrt und steigend, Berliner Handelsgesellschaft besser, Bergische Bank und Braunschweigische Bank erhöhten die Notiz. Industriepapiere meist ganz unbelebt, Central-

heizung zog im Course an, Hannoversche Maschinenfabrik matter, Montanwerthe vernachlässigt und überhaupt wenig fest, Victoriahütte besser.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 346,50, Lombarden 124,50, Franzosen 425, Reichsbank 155, Disconto-Commandit 101,75, Laurahütte 65, Türken 9, Italiener 72, Oesterr. Goldrente 62,40, do. Silberrente 55,60, do. Papierrente 53, 5 pCt. Russen 77,75, Köln-Mindener 84,75, Rheinische 102,75, Bergische 70,25, Rumänen 17,50.

Berliner Börse vom 4. Januar 1878.

Fonds- und Gold-Course.

	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	94,80 bzG
Consolidirte Anleihe.	4½	104,50 bz
do. do. 1876	4	94,50 bz
Staats-Anleihe	4	94,75 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	134,25 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bzB
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,40 bz
Pommersche	3½	82,75 bz
do.	4	94,30 G
do.	4½	101,90 bzG
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,40 B
Schlesische	3½	85 G
Lndschaftl. Central	4	94,80 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,00 bz
Pommersche	4	94,80 bz
Posensche	4	94,60 bz
Preussische	4	95,25 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische	4	96,00 B
Schlesische	4	95,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	119,26 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	120,90 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109,40 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,10 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 239 B
Badische 35 Fl.-Loose 134,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,90 bz
Oldenburger Loose 134,40 bz

Ducaten 9.65 bz	Dollars 4,185 G
Sover. 20,36 G	Oest. Bkn. 168,90 bz
Napoleon 16,22 bzB	do.Silbergd.175,75 bz
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 203,85 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	106,40 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	95,30 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	100,25 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd. do. (1872)	5	100,75 bz
do. rückzb. à 110	5	106,30 G
do. do. do.	4½	98,10 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,50 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 bzG
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	95,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	95,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 G
do. do. II. Em.	5	92,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,10 bz
do. do. II. Em.	5	104,50 bz
do. 5% Pf.rkzlbr.m.110	5	99,75 bzG
do. 4½ do. do. m.110	4½	92,50 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,90 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	87,25 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 bzG
do. do.	4½	93,25 etbz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 bzG
do. do. 4½%	4½	97,90 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.	4⅕	56,00 bz
do. 1./4.1./10.)		55.90 bz
do. Goldrente	4	62,60 bz
do. Papierrente	4⅕	53,10 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	104,30 etbzG
do. Credit-Loose	fr.	290 bzB
do. 64er Loose	fr.	242 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	145,90 bz
do. do. 1866	5	141,90 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	70,75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	74,25 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	74,80 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	65,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,10 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	100,60 etbzB
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,25 etbzG
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	67,70 bzB
Rumänische Anleihe.	8	94,50 B
Türkische Anleihe.	5	9,10 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	69,70 etbzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,60 bz
Türken-Loose 23 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,50 bz
do. III. v. St.3½g.	3½	84,90 B
do. do. VI.	4½	99,25 bzB
do. Hess. Nordbahn.	5	102,90 bz
Berlin-Görlitz	5	100,25 B
do.	4½	81,50 G, C. 72,25 B
Breslau-Freib.Lit DEF.	4½	96 B
do. Lit. G.	4½	94,50 G
do. do. H.	4½	— —
do. do. JK.	4½	91,70 bz
do. von 1876	5	100,50 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	92,25 G
do. Lit. B.	4½	99,60 G
do. IV.	4	93,50 G
do. V.	4	92 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	101,25 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	95,00 G
Märkisch-Posener	5	102,50 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 B
do. do. II. Ser.	4	94,00 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 bz
do. do. III. Ser.	4	94,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	91,60 bzG
do. D.	4	91,60 bzG
do. E.	3½	84,60 bz
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	99,40 bz
do. H.	4½	101,10 bz
do. von 1869.	5	103,50 G
do. von 1873.	4	90,70 bzB
do. von 1874.	4½	99,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,60 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,70 bzG
do. do. III. Em.	4½	99,70 bzG
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	77,50 B
Ostpreuss. Südbahn	5	100,20 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	98,25 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,25 G
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	52,75 bzG
do. II. Emission	5	42,00 bzG
Prag-Dux.	fr.	17,25 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	86,30 bzG
do. do. neue	5	84,60 B
Kaschau-Oderberg	5	58,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	53,50 bzG
Ung. Ostbahn.	5	52,10 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	64,60 B
do. do. II	5	62,60 bzG
do. do. III.	5	58,50 bzG
Mährische Grenzbahn.	5	52,10 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	12,50 bzB
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	63,90 bzG
Oesterr.-Französische	3	328,00 bzB
do. do. II.	3	308,00 bzG
do. südl. Staatsbahn.	3	230,50 bzG
do. neue	3	230,00 bzG
do. Obligationen	5	77,10 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	65,25 bzG
Warschau-Wien II.	5	98,00 bz
do. III.	5	92,00 bz
do. IV.	5	84,00 bzB
do. V.	5	76,40 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,25 bz
do. do.	2 M.	3	167,45 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,28 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	202,00 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	203,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	168,80 bz
do. do.	2 M.	4½	167,70 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	18,70 bz
Berg.-Märkische.	3¾	—	4	70,30 bz
Berlin-Anhalt	6	—	4	81,40 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	9,00 bz
Berlin-Görlitz	9	—	4	11,25 bz
Berlin-Hamburg.	11	—	4	166,00 bzG
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	74,50 G
Berlin-Stettin		—	4	106,25 bz
Böhm. Westbahn.	5	—	5	72,00 bzG
Breslau-Freib.	5	—	4	58,50 bz
Cöln-Minden	5¼	—	4	84,90 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	—	4	18,40 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	—	4	103,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,00 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,50 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	5	41,00 B
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	48,90 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	176,75 bz
Märk.-Posener	0	—	4	16,00 bzB
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	103,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	5	78,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9⅔	—	3½	118,50 bz
do.neue(50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	112,00 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅗	—	4	425-4½ bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	178,00 etbzG
Oest.Südb.(Lomb.)	0	—	4	125½-4½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	31,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	4	90,75 G
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	36,60 bz
Rheinische	7½		4	102,90 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	—	4	91,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	9,50 bzG
Rumän. Eisenbahn	0	—	4	17,50 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	16,50 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,75 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	114,30 etbzG
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	159,10 etbzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	27,50 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	34,30 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	24,90 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	— —
Märkisch-Posener	3¾	—	5	70,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	67,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	95,75 bzG
Ostpr. Südbahn.	5		5	85,25 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	—	5	102,80 bz
Rumänier.	8	—	8	61,25 bz
Saal-Bahn.	0	—	5	15,50 bzB
Weimar-Gera.	0	—	5	— —

Bank-Papiere.

Allg.Deut. Hand.-G	0	—	4	26,00 G
Anglo DeutscheBk.	0	—	4	32 G
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	—	4	145,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	68,00 bzG
Brl. Prd.-u.Hdls.-B.	6½	—	4	82,75 G
Braunschw. Bank.	5	—	4	80,80 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	—	4	55,50 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	68,75 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	69,00 G
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	106,30 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	101,75 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	95,00 bz
Deutsche Bank	6	—	4	90,00 bzG
do. Reichsbank	6⅛	—	4½	155 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	—	4	90.10 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	102,00 bzG
do. ult.	4	—	4	101½-1¾
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	86,50 G
do. junge	5½	—	4	94,00 G
Goth. Grundcredb.	8	—	4	100 bz
Hamb. Vereins-B.	10	—	4	120 G
Hannov. Bank	5 14/15	—	4	100,00 B
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅛	—	4	83,00 G
Lndw.-B.Kwilecki.	5⅛	—	4	40 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	—	4	100,00 G
Luxemburg. Bank	6	—	4	94,50 bzG
Magdeburger do.	6	—	4	103,50 G
Meininger do.	2	—	4	70,50 G
Nordd. Bank	8	—	4	133 G
Nordd.Grundcr.-B.	8	—	4	85,00 bz
Oberlausitzer Bk.	1⅔	—	4	55,50 bz
Oest. Cred.-Actien	1¼	—	4	348-6½
Posner Prov.-Bank	6½	—	4	99,75 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	95,90 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,50 bz
Sächs. Bank	8	—	4	100,75 bz
Schl. Bank-Verein	5	—	4	79,00 B
Weimar. Bank	0	—	4	41,50 bzG
Wiener Unionsbk.	11 11/14	—	4	99,50 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	8,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	10,25 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	38,10 bzG
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	1,00 G
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	14 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	59,50 G
Thüringer Bank.	0	—	4	76,00 bz

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	650 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	8,00 bzB
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	66,60 bzG
Märk.Sch.Masch.G	0	—	4	10,00 bz
Nordd. Gummifab.	5	—	4	46 B
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	0,90 G
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	—	4	101,40 B
Schles. Feuervers.	18	—	4	725 G
Donnersmarkhütt.	3	—	4	20,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	4,20 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,50 bzB
Lauchhammer.	0	—	4	— —
Marienhütte	6	—	4	58,00 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	3,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,00 G
Schl.Zinkh.-Actien	7	—	4	82,50 B
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	91,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	24 G
Vorwärtshütte.	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	46,50 G
do. ver. Oelfabr.	3⅓	—	4	46 B
Erdm. Spinnerei	0	—	4	12,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,60 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	12,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	24,50 bz
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	60,90 bzG
do. Porzellan	0	—	4	20 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4½ pCt
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T.-B.) **Paris**, 4. Januar, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Rente —,—, Neueste Anleihe de 1872 108, 27, neue Egyptier 173, 55, Türken de 1865 —, —, Italiener 73, 55, Chemins égyptiens —, österr. Goldrente —, —. Unbelebt.

Frankfurt a. M., 4. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 204, 12 Pariser Wechsel 81, 08. Wiener Wechsel 168, 60. Böhmische Westbahn 144½. Elisabetbahn 131. Galizier 205⅛. Franzosen*) 211¾. Lombarden*) 61. Nordwestbahn 90. Silberrente 55¾. Papierrente 53⅝. Goldrente 62½. Ungar. Goldrente 76⅝. Italiener 72⅜. Russische Bodencredit 69¾. Russen 1872 79⅛. Neue russische Anleihe 76¾. Amerikaner 1885 98½. 1860er Loose 103¾. 1864er Loose 242, 80. Creditactien*) 173⅞. Oesterr. Nationalbank 668, 00. Darmst. Bank 101¾. Berliner Bankverein —. Meininger Bank 70¾. Hessische Ludwigsbahn 78⅛ Ungarische Staatsloose 143, 20. do. Schatzanweisungen alte, 95. do. Schatzanweisungen, neue, 88. do. Ostbahn-Obligationen 61¼ Central-Pacific 100⅛. Reichsbank 155⅝. Silbercoupons —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 95. Schwächer.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 173⅛, Franzosen 212⅛, 1860er Loose —, Galizier —, Goldrente —, Silberrente —, Papierrente —, Lombarden —, Nationalbank —, Reichsbank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 4. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. —, Silberrente 55⅛, Goldrente 62¼, Credit-Actien 173, 1860er Loose 104, Franzosen 530, Lombarden 156, Italien. Rente 72⅛, Vereinsb. 120½, Laurahütte 64, Commerzbank 96¼, Norddeutsche 133½, Anglo-deutsche 32¾, Internation. Bank 76, Amerikaner de 1885 94¾, Köln-Minden. St.-A. 85, Rhein. Eisenb. do. 102¾, Berg.-Märk. do. 70⅜. Disconto 3¾ pCt. — Matt.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 79, 00 Br., 78, 00 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 28 Br., 20, 22 Gd., London kurz 20, 44 Br., 20, 36 Gd., Amsterdam 167, 05 Br., 166, 45 Gd., Wien 167, 00 Br., 165, 00 Gd., Paris 79, 90 Br., 78, 90 Gd., Petersburger Wechsel 203, 00 Br., 199, 00 Gd.

Hamburg, 4. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 214 Br., 213 Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 215 Br., 214 Gd. Roggen per April-Mai 152 Br., 151 Gd., per Mai-Juni per 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 76, per Mai per 200 Pfd. 73. Spiritus still, pr. Januar 40½, per Febr.-März 41, pr. April-Mai 41½, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100 % 41¾. Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 11, 75 Br., 11, 50 Gd., per Januar 11, 50 Gd., pr. August-December 13, 50 Gd. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 4. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 B. Stetig. Tagesimport 2000 B., davon 1000 B. amerikanische, 1000 Ballen ostindische.

Liverpool, 4. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig, auf Zeit etwas billiger.

Pest, 4. Jan., Vormitt. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco —, per Frühjahr 10, 85 Gd., 10, 90 Br. Hafer per Frühjahr 6, 85 Gd., 6, 89 Br. Mais, Banat, per Frühjahr 7, 25 Gd., 7, 30 Br.

Paris, 4. Jan., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 32, 25, pr. Februar 32, 50, per März-April 32, 50, per März-Juni 32, 50. Mehl ruhig, per Januar 69, 75, pr. Februar 69, 50, pr. März-April 69, 50, pr. März-Juni 69, 50. Rüböl fest, per Januar 100, 75, per Februar 100, 25, per März-April 98, 25, per Mai-August 95, 50. Spiritus matt, per Januar 58, 75, per Mai-August 61, 00. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Paris, 4. Jan., Nachm. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 52, 50, Nr. 5 7/9 pr. Januar per 100 Kilogr. 58, 50. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Januar 63, 50, pr. Februar 63, 50, pr. Mai-August 65, 00.

London, 4. Januar. Havannazucker stramm.

Manchester, 4. Jan., Nachmittags. 12r Water Armitage 7¾, 12r Water Taylor 7¾, 20r Water Nicholls 9, 30r Water Gidlow 9½, 30r Water Clayton 10¼, 40r Mule Mayoll 10, 40r Medio Wilkinson 11¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 10¼, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 13½, Printers 16/16, 34/50, 8½pfd. 99. — Markt ruhig.

Petersburg, 4. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco —, —. Weizen loco 14, 75. Roggen loco 8, 50. Hafer loco 4, 75. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco 17, 00. Wetter: Schneesturm.

Antwerpen, 4. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer weichend. Gerste stetig.

Antwerpen, 4. Januar, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 30¼ bez. u. Br., per Januar 30 bez., 30¼ Br., per Februar 30½ Br., pr. März 30½ Br., pr. Septbr. 33 Br. Weichend.

Bremen, 4 Jan., Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 90, pr. Februar 12, 15, per März 12, 15.

Wien, 3. Jan. [Das Syndicat für die Wiener Communal-Loose] löst sich am 7. d. M. auf, von den im Ganzen übernommenen 300,000 Stück gelangen 189,000 Stück an die Mitglieder zur Vertheilung. Die Actionäre der in Liquidation befindlichen Schiffbank erhalten für drei Actien 2 Communal-Loose.

[Breslauer Disconto-Bank Friedenthal & Co.] Der „B. B.-C." berichtigt heute seine von uns in der Morgenausgabe reproducirte Mittheilung über Veränderungen in der Leitung der Breslauer Discontobank. Er schreibt: „Nicht Herr Moser, der Geschäftsinhaber des Schlesischen Bankvereins, ist, sondern Herr Schweizer, der schon jetzt innerhalb der Leitung der Breslauer Discontobank (Friedenthal u. Co.) thätig ist, tritt als persönlich haftender Gesellschafter in die Direction der Breslauer Disconto-Bank ein."

Berlin, 4. Januar. [Producten-Bericht.] Die Luft ist etwas kälter geworden, der Himmel blieb trübe. Der heutige Markt verlief träge für Getreide; man glaubt augenscheinlich nicht mehr an ernste Folgen der englischen Einmischungsgelüste. Roggen hat sich nur mit Mühe im Werthe behauptet, der Umsatz ist loco sowohl wie auf Termine engstens begrenzt. — Roggenmehl flau. — Weizen ohne wesentliche Aenderung, doch ist die Haltung kaum als fest zu bezeichnen. — Hafer loco preishaltend, Termine geschäftslos. — Rüböl wenig verändert; entfernte Sichten waren etwas stärker angeboten. — Petroleum loco recht knapp, Termine vernachlässigt. — Spiritus hat weiteren mäßigen Rückschritt im Preise erfahren. Die Kauflust ist dem Angebot nicht gewachsen.

Weizen loco 185—225 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schles. und märkischer 198—208 M., gelber russischer und galiz. — M., weißbunter poln. — M. ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per April-Mai 208½—208 M. bez., per Mai-Juni 209½—209 M. bez., per Juni-Juli 211—210 M. bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 200 M. — Roggen loco 132—151 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 132—138 M. ab Bahn bez., feiner neuer russischer — Mark bez., inländischer 143—148 M. ab Bahn bez., per Januar 139—138½ M. bez., per Januar-Februar 139—138½ Mark bez., per Februar-März — M. bez., per Frühjahr 143—142½—143 M. bez., per Mai-Juni 142½ M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Gerste loco 120—195 M. nach Qual. gefordert. — Mais pro 1000 Kilo loco alter 146—152 Mark, neuer — M., defect. alter — M. nach Qualität bez. Spiritus loco „ohne Faß" 48,6 Mark bez., per Januar 49,2—49—49,1 M. bez., per Januar-Februar 49,2—49—49,1 Mark bez., per April-Mai 51,4—51,5—51,2 Mark bez., per Mai-Juni 51,6—51,7—51,4 M. bez., per Juni-Juli 52,6—52,4 Mark bez., per Juli-August 53,6—53,4 M. bez. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 49,1 M.

Breslau, 5. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren Preise schwach preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer neuer 18,20—19,50—21,00 Mark, gelber neuer 17,30—19,00—20,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 12,10 bis 13,30 bis 14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30 bis 14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. neuer 11,30—12,50—13,10 bis 13,70 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 12,30—13,30—14,20 Mark.

Erbsen nur billiger verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 19,50 Mark.

Lupinen schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20—10,20 bis 10,80 Mark, blaue 9,00—10,00—10,20 Mark.

Wicken in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 10,50—11,50—12,50 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	75	27	75
Winterrübsen	30	25	29	25	27	25
Sommerrübsen	29	75	28	—	26	—
Leindotter	26	—	24	—	22	—

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7—7,40 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 30—40 bis 45—50 Mark, — weißer nur feine Qualitäten beachtet, pr. 50 Kilogr. 40—47—55—65 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 21—24—26 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 31,00—32,00 Mk., Roggen fein 21,75—22,75 Mark, Hausbacken 20,75—21,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,80—10,50 Mark, Weizenkleie 8,50—9,20 Mark.

Heu 2,00—2,50 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,50—21,50 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

[Druckfehler-Berichtigung.] Im heutigen Leitartikel muß es im letzten Drittel heißen: „muß jeder beginnenden Reaction entgegengetreten werden" statt Fraction.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 4., 5.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	— 0°,9	—1°,0	— 0°,9
Luftdruck bei 0°	334''',35	334''',39	334''',07
Dunstdruck	1''',55	1''',58	1''',65
Dunstsättigung	84 pCt.	86 pCt.	90 pCt.
Wind	SO. 1.	W. 0.	SW. 2.
Wetter	z. heiter.	heiter.	bedeckt.

Breslau, 5. Jan. [Waserstand.] O.-P. 4 M. 72 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 4. Januar. Die „Polit. Corresp." meldet aus Belgrad von heute, die serbische Bevölkerung von Lescovec und dessen Umgebung habe sich gegen die Herrschaft der Türken erhoben und durch eine Deputation im Lager vor Nisch um die Besetzung des insurgirten Landstrichs nachsuchen lassen. Diesem Ansuchen habe indeß vorerst aus militärischen Gründen nicht entsprochen werden können. Ferner sei Caribrod von den Serben besetzt worden; eine Verbindung der Serben mit den russischen Truppen bei Pirot sei aber noch nicht hergestellt.

London 4. Jan. Die „Gazette" publicirt den Königlichen Erlaß vom 31. December, durch welchen der kaiserliche Orden der indischen Krone für die königlichen Prinzessinnen, die Frauen indischer Prinzen und hervorragende Damen creirt wird und gleichzeitig erfolgte dessen Verleihung an die Prinzessinnen von Wales, die deutsche Kronprinzessin, die Großherzogin von Hessen, die Prinzessinnen Christian, Louise, Beatrice, die Herzogin von Edinburg, die Herzogin von Cambridge, die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz und andere hervorragende indische und englische Damen.

Malta, 4. Jan. Admiral Hornby, Befehlshaber der Mittelmeerflotte, ist am Bord der „Alexandria" aus dem Golf von Vourlah hier eingetroffen.

Petersburg, 4. Jan. Das „Journal Petersburg" constatirt die Anerkennung der englischen Presse mit einer Ausnahme über die friedliche und versöhnliche Tragweite der russischen Antwort auf die englische Interpellation und sagt: Rußland konnte selbst im Friedensinteresse nur jede Intervention ablehnen und zu verstehen geben, daß der Friede unter den Kriegführenden discutirt werden müsse. Anknüpfend an die Bemerkung des „Pester Lloyd", England vertrete die eigenen Interessen, erinnert das Journal an zwei Punkte, welche Lord Derby als Englands Interessen berührende bezeichnete: den Suezcanal und die Besetzung Konstantinopels. Der erste steht außer Frage, die zweite kann nicht in Frage kommen, wenn jetzt die Friedensverhandlungen stattfinden. Die Verzögerung der Verhandlungen könne nur die Truppennäherung an Konstantinopel ermöglichen und eine Eventualität in Aussicht stellen, die man vermeiden möchte. Sind noch andere Interessenpunkte vorhanden, müssen solche eine geringere Bedeutung haben, und eine offene loyale Explication zwischen den Regierungen muß eine Verständigung herbeiführen, ohne die etwa eingeleiteten Verhandlungen zu stören.

Konstantinopel, 2. Jan. (Indirect.) In der Montag stattgehabten Kammersitzung griff ein mohamedanischer Deputirter lebhaft die Marineverwaltung wegen der Wegnahme eines türkischen Dampfers durch ein russisches Schiff an, indem er erklärt, die türkische Flotte kostete enorme Summen und war von gar keinem Nutzen. Die Kammer beschloß den Marineminister aufzufordern eine Aufklärung zu geben. Auf den Antrag eines anderen mohamedanischen Deputirten beschloß die Kammer, vom Ministerium Rechenschaft wegen der Einmischung und Leitung der militärischen Operationen zu fordern. — Am Sonntag fand in den griechischen Kirchen eine neuerliche Demonstration gegen den Patriarchen wegen der Encyclica über den Militärdienst der Christen statt.

Konstantinopel, 4. Jan. Die Kammer nahm den Adreßentwurf an, welcher den Passus enthält, daß das Ministerium militärisch und politisch seine Pflicht nicht gethan habe; ferner die Vorlage über den Militärdienst der Christen. Schließlich verlangt dieselbe die sofortige Durchführung der Reformen.

Konstantinopel, 4. Jan. Nach hier eingegangenen Meldungen fand gestern bei den unweit Erzerum gelegenen Ortschaften Karaz und Oumoudum ein Cavallerie-Scharmützel statt. Die russische Cavallerie war sehr zahlreich, die türkische Cavallerie mußte sich nach dem auf der Straße nach Trapezunt gelegenen Dorfe Ilidja zurückziehen. Karaz wurde von den Russen besetzt. Es war schönes Wetter eingetreten.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Hamburg, 3. Jan. Die hiesige Bankfirma H. C. Schmidt hat sich genöthigt gesehen in Liquidation zu treten und vorerst ein Moratorium ihrer Gläubiger nachgesucht. Die schwer realisirbaren Activa sollen 2½ Millionen Mark, die Passiva dagegen nur 800,000 Mark betragen. Die Firma war Pächterin des hiesigen Carl Schultze-Theaters, welches heute geschlossen wurde und Eigenthümerin der Zeitung „Der Freischütz". Dem gesammten Redactionspersonal ist für den 1. Februr c. gekündigt worden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.